

Wolfgang Thierse

Religion – politische Öffentlichkeit – Demokratie

Religion ist von überraschender, kräftiger und dabei widersprüchlicher Vitalität. Diese unübersehbare Tatsache widerspricht durchaus der Erwartung von Säkularisten verschiedenster Spielart. Und sie gilt für unseren Globus insgesamt, also auch für Deutschland, von dem wir fast täglich die Behauptung hören und lesen können, es sei ein säkulares Land geworden. Alle Zahlen – vom Zensus bis zum Religionsmonitor – zeigen etwas anderes: Je 30 % Protestanten und Katholiken, ca. 5 % Muslime, ca. 5 % Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und ca. 30 % Konfessionslose leben in Deutschland. Zu den Ergebnissen des Monitors gehört auch: 85 % der Menschen meinen, man solle gegenüber allen Religionen offen sein. Zugleich sieht eine Mehrheit in der zunehmenden religiösen Vielfalt ein Potenzial für Konflikte.

Solche Zahlen sind gewiss interpretationsbedürftig, lassen sich aber doch in dem Urteil zusammenfassen: *Wir leben nicht in einer säkularen Gesellschaft, sondern in einer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft.* So wie auch Religionen (ebenso wie Agnostizismus und Atheismus) selbst individualistischer und also pluraler verstanden und gelebt werden. Genau dies aber, dieser Pluralismus, ist eine anstrengende Herausforderung für die Gesellschaft insgesamt, also für Religiöse wie Religionslose gleichermaßen. Gefragt sind Toleranz, Respekt und Anerkennung, damit Pluralismus friedlich gelebt werden kann.

Man erinnere sich an die weltanschaulichen und religiösen Konflikte in den letzten Jahren: Streit um Moscheebauten, Streit um Kopftücher und Kruzifixe oder die Auseinandersetzung um Beschneidung bis hin zu einer Debatte und Entscheidung im Bundestag, mit der die Diskussion wohl nicht wirklich zu Ende ist. Und schauen

wir über unsere Landesgrenzen hinaus, erscheint Religion (mindestens in Form des islamistischen Fundamentalismus) als geradezu gefährliche, demokratiefeindliche Kraft. Vor diesem Hintergrund will ich ein paar Bemerkungen machen über das Verhältnis von Religion und pluraler Gesellschaft, von Kirche und säkularem Staat, von Religion und Demokratie.

Erstens und ganz grundsätzlich: Die Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch ein besonderes Verhältnis von Staat und Kirche. Der Staat des Grundgesetzes ist weltanschaulich neutral, er verfißt selbst keine Weltanschauung, um so die Religionsfreiheit seiner Bürger zu ermöglichen. Man hat dieses Verhältnis von Staat und Kirche als ein Verhältnis der »respektvollen Nichtidentifikation« bezeichnet. Durch diese Zurückhaltung gibt der Staat ausdrücklich Raum für die starken Überzeugungen seiner Bürger, die die Zivilgesellschaft prägen und damit auch den Staat tragen. Er ist also kein säkularistischer Staat, also auch kein Staat, der einen säkularen Humanismus vorzieht und fördert und Religion aus der Öffentlichkeit verdrängt.

Er entspricht nicht dem, was etwa Laien wünschen und auch eine Mehrheit der veröffentlichten Meinung möchte: Die Religionen, die Kirchen sollen sich gefälligst zurückhalten. In diesem Sinn hat die Schriftstellerin Monika Maron an die Religionsgemeinschaften die Forderung gerichtet, »die Säkularität des Landes zu achten«. Mit Blick auf einen tatsächlich oder vermeintlich integrationsunwilligen Islam formuliert sie: »Wenn die religiösen Ansprüche der Muslime mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes kollidieren, müsste man (...) die Privilegien der christlichen Kirchen beschränken, um den Zu-

Deutschland ist kein säkularistischer Staat

griff des Islam auf das öffentliche Leben von uns allen zu verhindern.«

Die grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit dagegen ist die Aufforderung an die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (also nicht nur an die Kirchen, sondern auch an andere) und ihre Mitglieder aus dem Raum des Innerlichen, des bloß Privaten herauszutreten und den Gemeinsinn mitzuformen, an der Gesellschaft mitzubauen, also öffentlich zu wirken und insofern »weltlich« zu werden. Weil der Staat des Grundgesetzes nicht alles selbst erledigen kann und will, lädt er dazu ein, dass die Bürger aus ihrer jeweiligen Überzeugung heraus und nach gemeinsamen Regeln subsidiär zusammenwirken, über religiöse und kulturelle Unterschiede hinweg gemeinsam das soziale und kulturelle politische Leben gestalten.

Zweitens: Für den Zusammenhalt einer pluralistischen Demokratie, einer widersprüchlichen, vielfältigen Gesellschaft, reicht offensichtlich nicht das allein aus, auf was ganz selbstverständlich zunächst hingewiesen werden kann und muss: Die gemeinsame Sprache, die Anerkennung von Recht und Gesetz, der vielgerühmte und gewiss notwendige Verfassungspatriotismus. Auch nicht die Beziehungen, die die Gesellschaftsmitglieder über den Markt und die Arbeitsprozesse miteinander eingehen, nämlich als Arbeitskräfte oder Konsumenten. Das sind die zwei Rollen, in denen der Markt uns Menschen überhaupt nur kennt. Auch das Beziehungsgeflecht, das wir über diese beiden Rollen erzeugen, reicht offensichtlich nicht aus, den Zusammenhalt einer so wider-

sprüchlichen Gesellschaft zu garantieren.

Über all dies Selbstverständliche und Notwendige hinaus bedarf es, so meine ich, grundlegender Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in dem, was wir Maßstäbe, Normen oder Werte nennen. Es be-

darf tendenziell gemeinsamer Vorstellungen von der Freiheit und ihrer Kostbarkeit, vom Inhalt und Umfang von Gerechtigkeit, vom Wert und der Notwendigkeit von Solidarität, gemeinsamer oder wenigstens verwandter Vorstellungen von sinnvollem und gutem Leben, von der Würde jedes Menschen, von der Integrität der Person, von Respekt und Toleranz.

Dieses nicht-politische, sondern ethische Fundament gelingender Demokratie ist nicht ein für alle Mal da, sondern es ist gefährdet, umstritten, kann erodieren. Es muss immer wieder neu erarbeitet werden, muss weitergegeben, vitalisiert, vorgelebt, erneuert werden. Das ist der Sinn des so oft zitierten Satzes des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: »Der freiheitliche, säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann.« Die Verantwortung für diese Voraussetzungen, für dieses ethische Fundament unseres Zusammenlebens tragen alle Bürger, insbesondere die kulturellen Kräfte einer Gesellschaft und darin eben in besonderer Weise Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, also auch und gerade die christlichen Kirchen! Gewiss nicht sie allein in einer pluralistischen Gesellschaft, nicht die Christen und die religiösen Menschen allein und selbstverständlich nicht so, dass die Kirchen noch triumphal daherkommen könnten. Sie müssen sich in einer pluralistischen Gesellschaft stattdessen als Dialogpartner verstehen, sich in die Debatte, ja auch in den Streit einbringen. Aber die Kirchen, die Christen sollten dabei auch nicht leisetretisch und nicht ängstlich sein.

Drittens: Die für Religion wesentliche Dimension der Nächstenliebe kann ja nur konsequent gelebt werden, wenn sie bis in die Sphäre des Politischen reicht und nicht davor Halt macht. Die Forderung, dass Religion allein Privatsache sein dürfe und nicht mehr, sollten Christen sich deshalb nicht gefallen lassen. Gewiss ist Religion insofern Privatsache, als sie selbstverständ-

Das ethische Fundament gelingender Demokratie

lich Sache der freien, persönlichen Entscheidung des Einzelnen ist. Aber zu verlangen, sie müsse auch im privaten, nicht-öffentlichen Raum bleiben, sie dürfe keine öffentliche Existenz, keinen politischen Wirksamkeitsanspruch haben – das verlangte eine Verfälschung von nicht nur christlicher Religion.

Tätiges Zeugnis, also Diakonie und Caritas gehören zum Wesen der Kirche. Sie sind notwendig mehr als individuelle und gewiss löbliche Mildtätigkeit. Sie bedeuten eben auch Einmischung in den

Tätiges Zeugnis bedeutet auch Einmischung in den demokratischen Streit

demokratischen Streit – nicht so sehr als parteipolitische Stellungnahme, sondern als Widerspruch oder Zustimmung, wenn es um Grundfragen des Lebens, des Zusammen-

lebens geht. Mögen auch viele Bürger den Kirchen nicht mehr per se folgen, deren moralische Unterweisungen für ihr persönliches Leben nicht mehr für so wichtig halten: Die Erwartung an die Kirchen, sich zu äußern, wenn es um Grundfragen des Lebens oder des Zusammenlebens geht, diese Erwartung ist – ausweislich vieler demoskopischer Untersuchungen – immer noch erheblich. Sie sollten sich auch nicht davon irritieren lassen, dass sie für viele Menschen bestenfalls noch »Anstalten der stellvertretenden Moral« sind: »Die sollen vorleben, was mir fremd geworden ist.« (So hat es Matthias Drobinski in der Süddeutschen Zeitung formuliert.)

Die Kirchen, die Religionsgemeinschaften können sich dem Dienst an der Gesellschaft gar nicht entziehen, selbst wenn sie es wollten. Wie ein Blick in die soziale und politische Realität der Bundesrepublik zeigt, erfüllen sie ihre soziale Aufgabe auf

vielfältige Weise. Unsere Gesellschaft (und der demokratische Staat) lebt vom Engagement seiner Bürger, lebt von deren Motivation, das eigene Interesse immer wieder neu auf das Gemeinwohl hin zu relativieren, zu übersteigen. Dabei spielen Angehörige von Religionsgemeinschaften eine besonders gewichtige Rolle. Sozialwissenschaftliche Studien belegen immer wieder, dass christliche Religion über Identitäts- und Statusgrenzen hinweg integrierend wirkt und brückenbildendes Sozialkapital bildet, also eine bedeutende Quelle sozialer Integration ist. Religiösen Menschen kommt demnach auch in der ach so säkularisierten Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine gewichtige, für den Zusammenhalt unersetzliche Funktion zu.

Ich füge als Politiker hinzu, dass der säkulare, demokratische Staat sehr dumm wäre, wenn er auf dieses Potenzial verzichten würde. Selbstbewusst darf man sagen: Christen und Kirchen haben Gesellschaft und Staat der Bundesrepublik Deutschland mitgestaltet durch ihr politisches Engagement, ihre sozialen Leistungen, ihre Bildungsarbeit, ihre moralischen Interventionen. Das Christentum ist ein prägender Teil Deutschlands. Und dieses Land ist bei allen Unzulänglichkeiten ganz gut damit gefahren. Es hat vom Engagement der Christen durchaus profitiert. Und es profitiert zunehmend auch wieder vom Engagement der Juden und mehr und mehr von dem der Muslime. Der weltanschaulich neutrale demokratische Staat bleibt auf Menschen angewiesen, die sich in Weltanschauungs- und Religionsfragen nicht neutral verhalten – die sich aber ausdrücklich zu Fairness und Friedfertigkeit im Verhältnis zueinander verpflichten.



Wolfgang Thierse

war von 1998 bis 2005 Präsident des Deutschen Bundestages, von 2005 bis 2013 Vizepräsident. Er ist Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.

wolfgang.thierse@bundestag.de